

Initiativantrag

der Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags betreffend Klimaschutz Jetzt! - Konkrete Klimaschutzmaßnahmen ohne weitere Verzögerungen umsetzen

Gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich im eigenen Wirkungsbereich für weitreichendere Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen. Die in den vergangenen drei Jahren zahlreich im Oö. Landtag eingebrachten Initiativanträge mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, die in den Ausschüssen des Oö. Landtages bzw. im Unterausschuss Klimawandel bereits diskutiert wurden, sind ohne weitere Verzögerungen umzusetzen. Zu diesen Umsetzungsmaßnahmen zählen:

- Anpassung des Landes-Rechtsrahmens zur Unterstützung der Energiewende, u.a. Solar-Anlagen-Pflicht auf neu gebauten Dächern (Beilage 135/2022) und größeren Parkplätzen (Beilage 238/2022), Anpassung der Richtlinien für das Kostendämpfungsverfahren bei Hochbauvorhaben der öffentlichen Hand dahingehend, dass die gesamten Lebenszykluskosten von Gebäuden (Errichtung, Betrieb und Entsorgung) in der Bewertung höher gewichtet werden (Beilage 116/2022);
- Ausbau der Landespersonalressourcen zur Beschleunigung der anlagen- und betriebsrechtlichen Genehmigungsverfahren für Energiewendeprojekte (Beilagen 135/2022, 213/2022 und 238/2022);
- Absicherung der hohen Anfangsinvestitionen für die Nutzung Tiefer Geothermie durch Landesbürgschaften oder -beteiligungen (Beilage 284/2022);
- Investitionsförderungen für die Nutzung industrieller Abwärmequellen (Beilage 362/2022);
- Ausbau der Energieraumplanung, u.a. Ausweisung von Eignungszonen für Windkraft und Energiespeicher (Beilagen 213/2022 und 427/2023);
- Forcierung der thermisch-energetischen Gebäudesanierung (Beilage 495/2023); und
- Landesförderungen und -anreizsysteme hinsichtlich Klimawirksamkeit bewerten und klimaschädliche Subventionen abbauen (Beilage 748/2024).

Begründung

Die Klimakrise ist in der Mitte unserer Lebensrealität angekommen und es ist Zeit sie als eine der größten Herausforderungen der Menschheit anzuerkennen. Weltweit führen uns Extremwetterlagen, Dürren, Hitzetote, Artensterben, steigende Meeresspiegel, Nahrungsmittelengpässe und neue Fluchtbewegungen auf eindringliche Weise vor Augen, welchen dramatischen Handlungsdruck wir beim Klimaschutz haben. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Die Ziele des Klimaschutz-Übereinkommens von Paris sehen ab 2050 eine weitgehend CO₂-freie Lebens- und Wirtschaftsweise in Industrienationen vor. Mit welchen konkreten Maßnahmen wir in Österreich dieses ambitionierte Ziel erreichen, wird im nationalen Energie- und Klimaplan fixiert, der derzeit aktualisiert wird. Die bisher geplanten Maßnahmen genügen laut Expert:innen nicht zur Zielerreichung.

Eine Verfehlung der Emissionsziele hat aber enorme Kosten für Österreich und seine Bürgerinnen und Bürger zur Folge. Einerseits verursacht der Klimawandel enorme Schäden. Bereits heute belaufen sich allein die Kosten für bedeutende Naturkatastrophen sowie hitzebedingt frühzeitige Todesfälle in Österreich auf jährlich durchschnittlich 1 Mrd. Euro. Laut Berechnungen der COIN-Studie (2015) werden diese wetter- und klimabedingten Schäden bis 2050 auf jährlich durchschnittlich 3,8 Mrd. bis 8,8 Mrd. Euro steigen, wenn es nicht zu signifikanten Emissionsreduktionen kommen sollte. Und andererseits zeigt eine Mitteilung des Finanzministeriums, dass für die Periode 2021 bis 2030 ohne zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen mit Ausgaben in Höhe von rund 4,6 bis 9,2 Mrd. Euro für den Ankauf von Emissionszertifikaten zu rechnen ist, wovon das Land Oberösterreich rund 180 bis 370 Mio. Euro tragen müsste.

Linz, am 13. Mai 2024

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Bauer, Engl, Hemetsberger, Schwarz, Ammer, Vukajlović, Mayr